

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Andreas Winhart

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Abg. Dr. Beate Merk

Abg. Christina Haubrich

Abg. Markus Plenk

Abg. Dr. Fabian Mehring

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Martin Hagen

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Klaus Holetschek

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe zur weiteren Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Andreas Winhart u. a. und Fraktion (AfD)

NEIN zur Impfpapartheid in Bayern - Grundrechte sind nicht verhandelbar

(Drs. 18/17275)

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort dem Abgeordneten Andreas Winhart, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! "Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in eine Apartheidsdiskussion kommen", sagte Hubert Aiwanger vergangene Woche der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung". – Bitte schön: Hier ist die Diskussion. Denn die Diskussion ist genau das, was unser Hohes Haus ausmacht. Die Diskussion ist es, die in der Corona-Krise massiv gelitten hat, und die Diskussion ist es, die aufrechte Demokraten nicht scheuen. Aiwanger warnt vor ihr, Söder kritisiert sie und rügt Herrn Aiwanger, dass er ein Reizwort benutzt hat.

Klar: Beim Reizwort Apartheid klingeln bei vielen die Alarmglocken, auch bei mir. Wer sich mit der Apartheid in Südafrika einmal auseinandergesetzt hat, kennt die menschenverachtenden Vorgänge und Diskriminierungen der damaligen Zeit, bis Mandela mit dem ANC und die internationale Gemeinschaft so viel Druck auf die Regierung gemacht haben, dass schließlich die Gleichberechtigung rechtlich hergestellt wurde. Das waren Zustände, wie man sie sich in Deutschland und Europa kaum noch vorstellen konnte, bis bestimmte Gruppen von Corona-Hysterikern und Impffanatikern in voraus-eilendem Regierungsgehorsam sich Möglichkeiten überlegt haben, wie man in Form staatlichen Mobbings Impfverweigerer diskriminieren könnte. Genau die Leute, die sonst vor der Spaltung der Gesellschaft warnen, betreiben diese Spaltung genau jetzt

mit vollem Engagement. Sie teilen ein in geimpft und ungeimpft, ungeachtet der Beweggründe.

Was sagen Sie denn den Menschen, die sich nicht impfen lassen können oder sogenannten Impfversagern, bei denen die Impfung nicht wirkt? Diese bekommen dann keine Grundrechte zurück, dürfen nicht in die Disco, ins Fußballstadion oder ins Restaurant? Dürfen sie aus hygienischen Gründen vorne oder hinten im Bus sitzen oder gar nicht mehr mit dem ÖPNV fahren? Dürfen sie nicht mehr ihren Job ausüben, oder fallen sie unverschuldet in Arbeitslosigkeit? Da werden Existenzen zerstört.

Im Frankreich steht das Volk dieser Tage auf, da man sich gegen die Impfpflicht und vor allem gegen die damit verbundenen drakonischen Strafen wie beispielsweise Freiheitsstrafen wehrt. In der Schweiz fordern die GRÜNEN, ungeimpfte Pflegerinnen und Pfleger künftig mit einem Aufkleber zu markieren. Ich überlasse es ganz Ihnen, was davon zu halten ist.

Die AfD kämpft für die Rückgabe der Grundrechte an alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Grundrechte stehen jedem in gleicher Weise zu. Das Grundgesetz kennt keine Unterscheidung zwischen geimpft und ungeimpft. Auch der Druck auf neutrale Institutionen unseres Landes ist unserer Meinung nach zu unterlassen. Die Neutralität dieser Institutionen wurde nicht umsonst gewählt, auch wenn die Ergebnisse unserem Ministerpräsidenten vielleicht nicht immer passen. Ich sage ganz klar: Finger weg von der STIKO, dem Ethikrat und allen anderen derartigen Institutionen, Herr Ministerpräsident!

Jeder aufrechte Demokrat, dem die Grundrechte am Herzen liegen, der an die Gleichheit der Menschen glaubt und weiter politisch neutrale STIKOs oder Ethik-Kommissionen will, welche ausschließlich nach wissenschaftlichen Kriterien arbeiten und nicht politisch entscheiden, muss heute unserem Antrag zustimmen. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback von der CSU-Fraktion vor, dem ich hiermit das Wort erteile.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege, ist Ihnen bewusst, dass die Grundrechtseinschränkungen, die im Hinblick auf das mit der Corona-Pandemie einhergehende Risiko getroffen wurden, allein aus dem Aspekt der Gefährdung Dritter und der Gefährdung unseres Gesundheitssystems abzuleiten sind, und ist Ihnen bewusst, dass diese Gefährdungen durch Impfungen reduziert werden und dass deshalb aufgrund der Grundrechte in der Zukunft zwangsläufig Differenzierungen notwendig sein werden, weil wir gegenüber Geimpften nicht die gleichen Maßnahmen wie gegenüber Ungeimpften rechtfertigen können?

Andreas Winhart (AfD): Herr Kollege Bausback, ich verstehe Ihre Beweggründe, dass Sie das so sehen. Wir sehen es anders. Wir sehen es so, dass jeder Mensch die gleichen Grundrechte hat. Sie sagen, Sie haben für eine bestimmte Zeit Corona-Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung erlassen. Es gibt den Maßstab der Verhältnismäßigkeit, der vielleicht in gewisser Weise gewahrt war und zu der damaligen Situation gepasst hat. Sie können aber unserer Meinung nach Leute nicht dauerhaft in geimpft und ungeimpft einteilen; denn nach dem Grundgesetz ist jeder Mensch gleich. Deshalb teile ich Ihre Ansicht ganz bewusst nicht.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächste Rednerin ist für die CSU-Fraktion die Abgeordnete Dr. Beate Merk. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Dr. Beate Merk (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Gegen Masken, gegen Impfen, mit Unterstellungen, mit Verharmlosungen, mit Fakes, mit perfiden Vergleichen – das ist die AfD, die gezielt Tatsachen verdreht, um das gesellschaftliche Miteinander zu vergiften.

Wir, die CSU und die FREIEN WÄHLER, und alle demokratischen Parteien des Hohen Hauses setzen auf Impfen und dabei auf Informationsfreiheit statt auf Zwang, auf Anreize und nicht auf Unterdrückung von Menschen. Die AfD behauptet wider besseres Wissen das Gegenteil. Sie führen absolute Zahlen zu Nebenwirkungsverdachtsfällen in anderen Ländern auf, aber Sie setzen sie niemals in Relation zur Gesamtzahl der Geimpften oder zur durchschnittlichen Zahl ebensolcher Erkrankungen von Menschen, die nicht geimpft werden konnten. Sie lassen in allen Beiträgen nicht nur die Todeszahlen von COVID-Kranken unerwähnt – 90.000 in Deutschland, 15.000 in Bayern –; Sie schweigen auch über das Faktum Long COVID mit lang währenden gesundheitlichen Folgen für unzählige Betroffene und im Übrigen auch für junge Menschen, die viele soziale Kontakte hatten und deswegen darunter leiden müssen.

Sie sehen das Impfangebot an junge Menschen mit einem für sie zugelassenen Impfstoff als für Ärzte strafrechtlich relevant an. Wissen Sie, was das ist? – Das ist eine unverhohlene Einschüchterung von Medizinerinnen und Medizinern hierzulande.

(Beifall)

Das ist nicht akzeptabel. Diese Provokation zeigt wieder: Sie sind nicht an konstruktiver Sachpolitik oder an echter parlamentarischer Oppositionsarbeit interessiert, anders als alle anderen Fraktionen hier im Hause.

Aktuell sind in mehreren Bundesländern Impfbusse im Einsatz, gerade in den Hochwassergebieten, gerade auch in sozialen Brennpunkten. Da stehen Menschen Schlange, die geimpft werden wollen. Das sind Menschen, die sagen: Bei mir ist die Arztpraxis abgesoffen. Der Arzt kann mich nicht mehr zum zweiten Mal impfen. Die gehen dorthin und sind froh, dass sie dieses Impfangebot haben. Wenn jemand aus freien Stücken in einen solchen Impfbus geht und sich dort impfen lässt, ist das dann in Ihren Augen Nötigung, Zwang und Unterdrückung? In welcher Welt lebt die AfD eigentlich?

(Beifall)

– Sie lebt in einer Welt, in der es kein Corona gibt oder das Virus maximal einer normalen Grippe entspricht. Es ist wirklich schon paradox, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Solche Märchen können Sie nur deshalb schwadronieren, weil genau die Maßnahmen, die Sie ununterbrochen kritisieren, auch Sie schützen. Viele Intensivpfleger hier in Bayern würden Ihnen, was die Übersterblichkeit angeht, Ihre Science-Fiction gerne ausreden. Ich möchte hier nur unsere eigenen Kollegen ansprechen, Frau Endres zum Beispiel, Herrn Spitzer oder Herrn Krahl, die wissen, wovon sie reden. Für sie ist es ein Hohn, was Sie hier von sich geben.

(Beifall)

Ich nenne nur eine Untersuchung der Charité Berlin: Nembro, Provinz Bergamo, März 2020. Dort sind im März 2020 mehr Einwohner gestorben als im gesamten Jahr 2019. Wie könnte dies sein, wenn COVID-19 ungefährlich wäre?

Machen wir uns keine Illusionen: Fakten interessieren die AfD nicht. Wer sich Massen- und Superspreading-Events ohne jede Vorsichts- und Schutzmaßnahme wünscht, der gefährdet große Teile unserer Bevölkerung, zumindest jene 5 bis 14 %, die dann die schweren und kritischen Krankheitsverläufe überstehen müssten. Sie leugnen bewusst, dass es noch keine wirksamen Medikamente für schwere COVID-Fälle gibt, dass es keine Lösung für Langzeitschäden gibt, dass die Krankenhausversorgung bei einem unkontrollierten Ausbruch von COVID nicht mehr aufrechterhalten werden könnte und dass es keine Impfpflicht gibt. Nein, Sie zielen darauf ab, dass Menschen in ihrer Entscheidung fehlgeleitet werden, wenn sie sich Gedanken darüber machen, ob sie sich impfen lassen oder nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, niederschwellige Impfangebote setzen Sie mit einer Impfpflicht gleich. Sie versuchen sich wieder an Gedankenkonstrukten, die auch mit Entscheidungen aus dem Dritten Reich zu tun haben. Kurz: Sie argumentieren so unsäglich, wie Sie das immer tun. Ich sage nur: Hören Sie auf mit dieser Hetze

und Angstmacherei! Überlegen Sie sich doch endlich mal etwas Anständiges und etwas, was für das ganze Haus gut wäre.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es liegt eine Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Abgeordneten Andreas Winhart von der AfD-Fraktion das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrte Frau Dr. Merk, ich weiß nicht, ob Sie unseren Antrag überhaupt gelesen haben.

Dr. Beate Merk (CSU): Ich habe mir die Zeit genommen.

Andreas Winhart (AfD): Es geht hier nicht um die Leute, die freiwillig in einen Impfbus gehen und sich das alles anschauen, was da passiert, sondern es geht um die Leute, die das vielleicht nicht wollen, aus welchen Gründen auch immer, oder die das nicht können. Im Vereinigten Königreich ist es mittlerweile so, dass man diese ganzen Maßnahmen sowieso aufgehoben hat. Es geht auch anders.

Aber jetzt frage ich Sie als ehemalige Justizministerin genau das, was mich der Herr Bausback vorhin gefragt hat: Teilen Sie die Ansicht, dass Ungeimpfte langfristig mit Grundrechtseinschränkungen zu rechnen haben, und welche wären das Ihrer Meinung nach?

Dr. Beate Merk (CSU): Dass es eine Ungleichbehandlung gibt und dass eine solche Ungleichbehandlung im Hinblick auf das, was zu erwarten ist in Bezug auf COVID auch möglich ist und jeweils angemessen ist, ist unstrittig. Sie nennen England. Ich frage Sie, ob Sie sich dessen bewusst sind, dass in England die Zahlen gerade enorm nach oben schnellen.

(Zuruf)

Schauen Sie sich doch zum Beispiel Israel an, wo gerade genau das Gegenteil passiert. Gott sei Dank können einzelne Länder so entscheiden, wie es für ihre Bürgerinnen und Bürger richtig ist. Sie haben da das falsche Land als Beispiel herangezogen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Christina Haubrich für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Trotz des unsäglichen Titels Ihres Antrags habe ich mir die Zeit genommen und mich durch diesen Antrag durchgequält. Der Vergleich zwischen einem rassistischen Apartheidsregime und unterschiedlichen Regeln für Menschen, die sich für oder gegen eine Schutzimpfung gegen Corona entscheiden, ist eine reine Provokation. Das ist in der derzeitigen Situation absolut unangebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Impfungen sind ein Akt der Solidarität. Eine Impfung schützt mich, schützt die Leute um mich herum, diejenigen, die sich nicht impfen lassen können, und diejenigen, die vielleicht wegen einer Immunsuppression zu wenig Impfschutz ausbilden können. Alle Anstrengungen müssen sich jetzt darauf konzentrieren, möglichst viele Menschen mit breiter Aufklärung und mit niederschwelligen Impfangeboten von diesem Akt der Solidarität zu überzeugen. Aber Solidarität ist leider nicht jedem hier ein geläufiges Konzept, geschweige denn der politische und gesellschaftliche Leitfad, der sie sein sollte. – Ich mache es kurz: Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ganz so kurz dann doch nicht. – Es liegt nämlich eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Markus Plenk vor, dem ich hiermit das Wort erteile.

Markus Plenk (fraktionslos): Frau Haubrich, Sie haben gerade gesagt, mit der Impfung schützt man sich selbst und auch andere. Sie müssten allerdings dazusagen, dass das nur eingeschränkt gilt. Wie erklären Sie sich sonst, dass mindestens 40 % der aktuell mit COVID-19 hospitalisierten Patienten in England vollständig geimpft sind? – Das war Punkt eins.

Punkt zwei: Es ist klar, dass Geimpfte das Virus weiter übertragen können, wenn auch zugegebenermaßen nicht in dem Maße wie Ungeimpfte. Nur: Wenn man Geimpfte nicht mehr testet, dann ist es klar, dass später vor allen Dingen Geimpfte das Virus übertragen werden. Was sagen Sie dazu?

(Beifall)

Christina Haubrich (GRÜNE): Ich denke, Sie kennen die Zahlen. Glauben Sie wirklich, dass wir heute da wären, wo wir sind, wenn wir nicht so gehandelt hätten, wie wir gehandelt haben? Von daher: Es gibt keinen anderen Weg. Impfen ist ein Akt der Solidarität und einer der wenigen Wege, die uns aus dieser Pandemie herausführen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Dr. Fabian Mehring für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der dieser Debatte zugrunde liegende Antrag der AfD ist nach fester Überzeugung unserer Regierungsfraktion für die Menschen in Bayern in etwa so verzichtbar wie die Mitwirkung der antragstellenden Fraktion für dieses Parlament.

Lassen Sie mich in einigen Worten und entlang des beantragten Textes illustrieren, was damit ausgesagt ist. Sie fordern uns, meine Damen, meine Herren von der AfD,

zunächst einmal auf, unseren Verfassungseid zu erneuern. Angesichts der verfassungsschutzlichen Begleitung Ihres politischen Wirkens halte ich das für eine Art der freiwilligen Selbstverpflichtung, die zu begrüßen ist.

(Zuruf)

Im Hinblick auf die anderen Fraktionen dieses Hohen Hauses gilt aber, dass daran kein Zweifel besteht und dass wir dafür insbesondere keinen Dringlichkeitsantrag der AfD benötigen.

Meine Herren von der AfD, Sie machen sich weiterhin Sorgen um eine etwaige Diskriminierung, eine Benachteiligung nicht Geimpfter und erfinden damit ein Problem, das es nicht gibt, um es anschließend mit einem Antrag, den es nicht braucht, zu lösen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir setzen in Bayern nicht auf ein "G", wir setzen auf drei "G", will heißen, wir stellen Genesene, Geimpfte und solche, die getestet sind, einander gleich, was zur Folge hat, dass die einzige Benachteiligung eines Nichtgeimpften derzeit darin besteht, dass er über einen Test nachzuweisen hat, dass er im Hinblick auf COVID-19 niemanden gefährdet.

Sie machen sich ferner Sorgen bezüglich eines gewissen Impfdrucks. Da haben Sie mich an Ihrer Seite. Allerdings bitte ich Sie schon, zur Kenntnis zu nehmen, dass es einen solchen Impfdruck im Rechtssinne in Bayern nicht gibt, dass niemand außer Ihnen je über einen Impfzwang gesprochen hat und dass dem Grunde nach Meinungsfreiheit in alle Richtungen gilt. Das heißt: Genauso wie wir zu akzeptieren haben, dass Sie auf Demos mit Corona-Leugnern die Menschen dazu anleiten, nicht zum Impfen zu gehen, steht es uns zu, dafür zu werben, dass Impfen unser kollektives Tor zur Normalität und Freiheit ist. Das müssen Sie genauso aushalten, wie wir Ihr Wirken aushalten müssen.

Darüber hinaus ist es natürlich absolut sinnfrei, vom Impfen to go abzuraten und dessen Stopp zu fordern. Weswegen sollten wir Menschen, die sich freiwillig impfen lassen, dabei Steine in den Weg legen? – Im Gegenteil: Dieses niederschwellige Angebot ist absolut zielführend. Es ist im Rechtssinne und ebenso unzweifelhaft in der öffentlichen Wahrnehmung, dass wir uns darüber hinaus an die Empfehlungen der STIKO halten. Die einzigen, die daran zweifeln, sind Sie, meine Herren von der AfD.

Lassen Sie mich zum Ende aber noch auf einen Aspekt Ihres Antrags eingehen, bei dem es mich ein gutes Stück weit wundert, dass er in der Debatte bislang nur gestreift wurde. Ich halte das, was Sie in Ihrem Antrag formuliert haben, für eine der größten Entgleisungen Ihres bisherigen parlamentarischen Wirkens hier im Bayerischen Landtag. Sie ziehen einen Vergleich zwischen dem Impfen, also dem vielleicht größten wissenschaftlichen Erfolg der letzten Jahrzehnte, der Tatsache, dass es gelungen ist, uns durch einen gigantischen Schulterschluss aller Forscherinnen und Forscher dieser Erde binnen eines Jahres wieder aus dieser Pandemie zu befreien, und dem Nürnberger Kodex von 1947, einem Kodex, der angesichts der menschenverachtenden Verbrechen der Nationalsozialisten geschaffen wurde, die Menschen auf menschenunwürdige Weise zu Versuchskaninchen der Medizin gemacht haben. Sie ziehen ernstlich eine Parallele zwischen dem Impfen, unserem Tor zur Freiheit, Normalität, dieser wissenschaftlichen Errungenschaft unserer Zeit, und den Verbrechen der Nazis an den Menschen in dieser dunklen Zeit in der Geschichte unseres Landes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das zeigt, wes Geistes Kind Sie sind. Das ist eine Entgleisung, für die Sie sich schämen sollten. Alleine deshalb sollten Sie diesen Antrag besser zurückziehen. Wir jedenfalls werden ihn ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Abgeordneten Andreas Winhart vor, dem ich hiermit das Wort erteile.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Dr. Mehring, Ihre Formulierung "Entgleisung" weise ich zurück. Das ist ein Standard, der heute international anerkannt ist.

(Unruhe)

Sie müssen sich einfach einmal informieren. Es ist einfach nur beschämend, wie Sie hier versuchen, irgendwelche Argumente zu finden.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Ruhe im Parlament.

Andreas Winhart (AfD): Ich würde gerne noch etwas von Ihnen wissen, Herr Dr. Mehring: Wie beurteilen Sie den Druck, den unser Ministerpräsident auf den Kollegen Aiwanger ausgeübt hat, sich endlich impfen zu lassen, nachdem Herr Aiwanger für sich entschieden hat, es nicht zu tun?

Meine zweite Frage: Sie haben das Impfen to go angesprochen; setzen Sie das hinsichtlich der medizinischen Qualität, der Vorberatung und der Impfaufklärung einem Hausarztbesuch gleich?

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Winhart, ich beantworte Ihre letzte Frage zuerst, zunächst zum Impfen to go: Es wurde immer so angekündigt und wird auch so praktiziert, dass für das Impfen to go die gleichen medizinischen Standards zu gelten haben wie bei einer Impfung in der Praxis oder einer Impfung im Impfzentrum. Insoweit ist Ihre Frage gegenstandslos.

Im Hinblick auf möglichen Impfdruck und auf die zugrundeliegende Auseinandersetzung zwischen dem Ministerpräsidenten und seinem Stellvertreter habe ich mich in den Medien schon geäußert. Meine persönliche Überzeugung ist es, dass eine liberale Demokratie die Menschen vom Impfen und von medizinischen Eingriffen überzeugen muss, weil es Standard und eine Selbstverständlichkeit ist, dass jeder selbst über seinen Körper entscheidet. Im Übrigen bin ich der festen Überzeugung, dass es kei-

nem Chef gut ansteht, seinen Co-Chef öffentlich vorzuführen. Das gilt auch für Regierungschefs.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Ruth Waldmann für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorlage Aiwanger, Torjubel AfD. Das ist leider kein großer Fußball; das ist leider ein ziemlich unwürdiges Spiel. In diesem scheußlichen Antrag der AfD werden Unsinn und Geschmacklosigkeiten wild zusammengemixt, die in aller Welt bewährten Impfstoffe als experimentelle Technologie verunglimpft, irgendwie noch verschwörungshaft gentechnische Behandlung hineingeschwurbelt und als Übertrumpfung des Apartheid-Unsinns eine unwürdige und unappetitliche Nähe zu den Urteilen gegen die Menschenversuche der Nazis hergestellt. Pfui Teufel!

(Beifall bei der SPD)

So etwas kann eben dabei herauskommen, wenn man sprachlicher Verrohung den Weg ebnet. Schade, dass der stellvertretende Ministerpräsident Aiwanger jetzt nicht da ist und an dieser Diskussion nicht teilnimmt, die er zum Teil ausgelöst hat. Er hat mit seinem unsäglichen Wort von einer Apartheidsdiskussion bei Ungeimpften dafür die Vorlage geliefert. Es mag sein – das nehme ich ihm ab –, dass es ihm am Anfang nur um seine persönliche Entscheidung beim Impfen ging. Dann hat er aber offenbar gesehen, dass ihm das Zuspruch einbringt, nicht nur von verunsicherten Menschen, sondern auch von ideologisierten Impfgegnern. Inzwischen fischt er leider gezielt in den trüben Tümpeln der AfD und in den von Querdenkern kaum abgrenzbaren Kreisen.

Dabei gibt es viele Menschen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können, die besonders gefährdet und darauf angewiesen sind, dass sich möglichst viele andere impfen lassen und sie damit mitschützen. Sie brauchen Unterstützung, gerade auch von offizieller Seite und gerade auch von Regierungsmitgliedern. Sie sagen, die Regierung möchte mit Überzeugung arbeiten; dann wäre das an dieser Stelle auch die Aufgabe des stellvertretenden Ministerpräsidenten, statt sich unwidersprochen zur Stimme der Impfverweigerer aus ideologischen Gründen zu machen.

Das Gerede von Apartheid ist in diesem Zusammenhang eine Verhöhnung und Beleidigung von vielen Millionen Menschen, die unter diesem schrecklichen Regime mit Tod und Folter zu leiden hatten. Sie haben sich gerade einmal ein paar kritische Fragen anhören müssen. Das auch nur ansatzweise mit der Apartheid zu vergleichen, ist wirklich bodenlos.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Fraktionsvorsitzende Martin Hagen für die FDP-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Hagen (FDP): Verehrte Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, ich hoffe, Sie sind auf Ihren Parteivorsitzenden stolz. Er hat letzte Woche öffentlich von Impf-Apartheid schwadroniert und sich damit, wie wir jetzt erleben durften, zum Stichwortgeber für die Radikalen am rechten Rand gemacht. Ja, es ist Wahlkampf. Ja, ich verstehe auch, dass Ihre Partei, die in Umfragen bei 3 % liegt und damit momentan bar jeder Chance auf einen Einzug in den Bundestag ist, verzweifelt um Aufmerksamkeit kämpft. Aber dieses Vokabular war eines stellvertretenden Bayerischen Ministerpräsidenten unwürdig.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich schätze viele von Ihnen ganz persönlich als vernünftige und anständige Persönlichkeiten. Gerade deswegen sollten Sie auch ein-

mal ernsthaft überlegen, wie lange Sie diesem Treiben Ihres Parteivorsitzenden und diesem Fischen im Trüben noch zuschauen wollen.

(Beifall bei der FDP)

Jetzt aber zum eigentlichen Gegenstand der Debatte, dem Antrag der AfD; hierzu ein paar Gedanken:

Erstens. Die Corona-Impfung ist und bleibt der beste Schutz vor einem schweren Krankheitsverlauf. Aus diesem Grund empfiehlt die Ständige Impfkommission, die STIKO, auch jedem Erwachsenen, sich impfen zu lassen.

Zweitens. Die Angriffe des Ministerpräsidenten Söder auf dieses Gremium und auf die STIKO sind unterirdisch und absolut inakzeptabel.

(Beifall bei der FDP)

Er hat dieses Gremium attackiert, weil es auf Basis wissenschaftlicher medizinischer Erkenntnisse keine Impfempfehlung für Kinder ausspricht. Dieses Expertengremium genießt aber gerade aufgrund seiner Unabhängigkeit großes Vertrauen in der Bevölkerung. Der Versuch, dieses Gremium politisch unter Druck zu setzen, ist schandbar.

(Beifall bei der FDP)

Drittens. Das Impfen ist nicht nur ein individueller Schutz, sondern ermöglicht unserer Gesellschaft auch die Rückkehr zur Normalität; denn mit der weitgehenden Durchimpfung der Risikogruppen haben wir erreicht, dass sich die Fallzahlen einerseits und die Zahl schwerer und tödlicher Verläufe andererseits entkoppelt haben. Das können wir gerade in anderen europäischen Ländern beobachten. Das bedeutet zum einen, dass wir nach wie vor als Gesamtgesellschaft ein Interesse daran haben, dass möglichst viele Menschen vom Impfangebot auf freiwilliger Basis Gebrauch machen. Deswegen ist es auch gut, niedragschwellige Angebote zu schaffen. Das bedeutet zum anderen aber auch, dass der Inzidenzwert seine Bedeutung als ausschlaggebender Faktor für

die Corona-Politik eingebüßt hat. Er ist aber nach wie vor in den Verordnungen der Bayerischen Staatsregierung der ausschlaggebende Faktor. Das sollten wir ändern.

Viertens und abschließend: Wir sind inzwischen in einer Situation, in der zum Glück jeder die Möglichkeit hat, sich impfen zu lassen und sich damit eigenverantwortlich zu schützen. Damit entfällt auch die Grundlage für freiheitseinschränkende Maßnahmen durch den Staat. Es darf keine Impfpflicht geben, auch keine indirekte. Es darf aber auch nicht sein, dass wir kollektive Freiheitseinschränkungen aufrechterhalten, nur weil sich einige gegen den individuellen Schutz durch eine Impfung entscheiden. Wer das tut, entscheidet sich bewusst für das Risiko einer Corona-Infektion. Das ist legitim; das darf aber nicht dazu führen, dass wir weiterhin den Weg in die Freiheit nicht gehen können. Wir brauchen eine Rückkehr zur Normalität.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda. Herr Abgeordneter Swoboda, Sie haben das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Die Diskussion verlangt als letztes Wort durch mich einen Appell. Ich richte ihn an Herrn Dr. Söder. Er ist nicht da. Richten Sie es ihm bitte aus.

Hohes Haus! Benachteiligen, diskriminieren, diskreditieren, desinformieren, nötigen und spalten, das sind die Taktiken, mit der die Bayerische Staatsregierung eine verlogene Impfkampagne vorantreiben will. Herr Dr. Söder, genau das tun Sie, wenn Sie sagen, ich zitiere: "Ohne Impfen gibt es keine Freiheit." Sie spalten die Gesellschaft und mutieren zum Impferpresser, ganz so wie der Franzose Macron, der von Café-, Restaurant-, Kino-, Theater- und Konzertbesuchern eine vollständige Impfung, einen PCR-Test oder einen Genesenenstatus verlangt.

Sie wollen darüber hinaus auch Bars, Discos und Nachtclubs öffnen, aber nur für Geimpfte. Nicht Geimpften verweigern Sie diese Freiheit, was einem Entzug der Grundrechte gleichkommt. Kennen Sie vielleicht den Artikel 18 des Grundgesetzes nicht? Darin ist geregelt, wer die Grundrechte verwirkt. Dort steht auch, wer darüber zu entscheiden hat, nämlich das Bundesverfassungsgericht. Sind Sie und Ihre CSU-Leute eigentlich Verfassungsfreunde?

Wie leichtfertig Sie Ihr Amt nehmen, sehen wir an der jugendlich und pubertierend wirkenden Ghettoslogan-Taktik, die Sie mit Begriffen wie "Impfen to go" oder "spontanes und niederschwelliges Impfen" verfolgen. Herr Dr. Söder, wie wollen Sie da Aufklärungspflichten wahren und die Nachüberwachung sicherstellen? – Herr Prof. Dr. Bausback, Ihnen müsste das doch auch ein Rätsel sein.

Herr Dr. Söder und Frau Dr. Merk, Verantwortung geht anders. Deshalb war die heutige, von der AfD angestoßene Debatte auch so wichtig. Heute wurde viel aneinander vorbeigeredet. Aber, und das hat die AfD korrekt dargestellt, es handelt sich nicht um eine Impfung, sondern um eine bisher einzigartige experimentelle gentechnologische Behandlung am Menschen. Seltsam, oder? Bisher wollten wir nicht einmal den Mais einer gentechnischen Behandlung unterziehen. Die Impfdebatte brachte es ans Licht. Ministerpräsident Dr. Söder und etliche aus seiner CSU-Gefolgschaft haben sich als grundrechtsferne Impfdiktatoren entpuppt. Meine Damen und Herren, das könnte noch einen heißen Herbst geben. Achten Sie ein bisschen darauf.

Herr Dr. Söder, Sie ignorieren die wissenschaftlich-seriöse Vorsichtsexpertise der STIKO zur Kinderimpfung und diskreditieren deren Professionalität. Das ist purer Unsinn und eines Bayerischen Ministerpräsidenten unwürdig.

Herr Prof. Dr. Bausback, Sie wissen es wahrscheinlich: In Israel und in Deutschland hat sich gezeigt, dass sich auch doppelt Geimpfte mit dem Virus infizieren und das Virus weitergeben können. Das Kölner Gesundheitsamt hat zum Freitag letzter Woche 648 Zweifachgeimpfte als infiziert gemeldet; von diesen Menschen sind acht gestor-

ben. Das Virus ist also mitten unter uns, in jeder Großstadt und auf dem Land. Damit bleiben Geimpfte eine Gefahr für alle und auch für sich selbst, auch wenn die Viruslast reduziert ist.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Es gibt keine Grundrechte mit zweierlei Maß. Ich komme zum Schluss: Es gibt auch keinen Lockdown nur für Ungeimpfte.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Es gibt nur eine bedingungslose Freiheit für alle.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Es liegt eine Meldung zur Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Bausback vor.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege Swoboda, Sie werden Ihrer Verantwortung als Landtagsabgeordneter gegenüber dem bayerischen Volk nicht gerecht. Sie riskieren, dass Menschen, die Ihren kruden Ausführungen folgen, schwer erkranken und andere Menschen anstecken. Ich halte es für absurd, was Sie hier vortragen.

(Beifall bei der CSU)

Raimund Swoboda (fraktionslos): Herr Prof. Dr. Bausback, Sie geben mir jetzt die Gelegenheit, noch einmal darauf aufmerksam zu machen, dass Sie und Herr Dr. Söder, die CSU überhaupt, sich mit Ihren Botschaften in einem Gestrüpp selbstgelegter Minen verfangen haben. Zu Beginn dieser Krise haben Sie gesagt: Jeder kann infiziert sein. Jeder ist eine potenzielle Gefahr. Damals konnte man diese Gefahr nicht einmal ertesten. Heute könnte man das.

Heute ist es nicht anders: Jeder Geimpfte kann für andere eine potenzielle Gefahr sein. Darum ist dieses Solidaritäts-Geschmarre, das ich von den GRÜNEN gehört habe, absolut unzutreffend. Handeln Sie danach!

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für die Staatsregierung spricht Herr Staatsminister Klaus Holetschek. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß gar nicht, was ich auf diese wirren Ausführungen des Herrn Kollegen Swoboda noch sagen soll. Herr Kollege, es ist erschreckend, über was wir hier diskutieren. Sie haben ja gar nichts verstanden, überhaupt nichts.

(Beifall bei der CSU)

Den Antrag der AfD kann ich nur mit dem Wort "Hetze" überschreiben.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind noch mitten in der Pandemie. Die Zahlen steigen wieder. Wir schauen ins Ausland, nach Großbritannien. Wir sehen eine Entwicklung, die sicherlich besorgniserregend ist und die wir ernst nehmen müssen. Und hier führen wir eine Debatte, die in die völlig falsche Richtung geht. Statt den Menschen aus diesem Hohen Haus noch einmal ein Signal zu geben, wie wichtig das Impfen ist, statt gemeinsam für das Impfen zu werben und die Menschen zu bitten und aufzufordern, sich impfen zu lassen, diskutieren wir hier völlig neben der Kappe. Jetzt ist die Stunde, noch einmal in einem großen gesellschaftlichen Kraftakt im Hinblick auf den Herbst alle zu motivieren, sich aufklären und impfen zu lassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist unser Weg aus der Pandemie, nichts anderes!

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte das an dieser Stelle noch einmal bewusst sagen, weil wir alle Botschafter dieses Impfens sein könnten. Wir alle sind draußen Multiplikatoren, die mit anderen sprechen und die noch einmal deutlich machen können und müssen, dass auf der Grundlage wissenschaftlicher Fakten und Tatsachen in einer Pandemie das Impfen hilft, wirkt und schützt. Es hilft, schwere Krankheitsverläufe zu vermeiden. Es bewirkt, dass Menschen möglicherweise nicht mehr auf eine Intensivstation müssen. Es führt auch dazu, dass sich Pflegekräfte nicht mehr jeden Tag in schwerer Schutzkleidung um COVID-Patienten kümmern müssen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das ist ein Teil der Wahrheit. Die AfD sollte das endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist unglaublich, in welcher Art und Weise Sie in dieser Pandemie agieren, um daraus politisches Kapital zu schlagen, um die Menschen aufzuhetzen und um zu spalten. Nichts anderes ist Ihre politische Agenda. Ich schäme mich dafür. Das muss ich an dieser Stelle sagen.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch kurz auf eine oder zwei Bemerkungen des Herrn Kollegen Hagen eingehen. Ich glaube, die Ständige Impfkommission ist ein wichtiges Gremium. Als Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz stehe ich immer wieder im Gespräch mit der STIKO. Wir sind auch immer den Ratschlägen der STIKO gefolgt. Wir bitten aber darum, dass die Kommunikation und die Klarheit besser werden. Wir müssen versuchen, aufgrund von Daten möglichst schnell Auswertungen zu erhalten, um neue Einschätzungen abgeben zu können.

Wir sind in einer Pandemie. Die Ständige Impfkommission ist neben dem Paul-Ehrlich-Institut und dem RKI ein wichtiger Ratgeber. Wir müssen jetzt schauen, dass wir vor die Lage kommen. Es muss uns gelingen, früher zu entscheiden. Wir müssen den Menschen in der Kommunikation klare Botschaften vermitteln. Denken Sie an Astra-Zeneca. Nichts anderes hat der Ministerpräsident gesagt. Wir merken doch, dass die

Diskussion draußen unterschiedlich geführt wird. Kinder- und Jugendärzte positionieren sich auch anders. Wir wollen weiterhin die Fakten und die Wissenschaft als Ratgeber. Wir wollen aber noch klarer in den Botschaften und der Kommunikation werden. Wir müssen die Daten schneller beurteilen und auf dieser Grundlage die richtigen Entscheidungen fällen. Das ist die Grundlage.

An dieser Stelle möchte ich an Sie eine Bitte richten: Das Thema Impfen wird in den nächsten Wochen das zentrale Thema sein. Wir müssen draußen dafür werben. Wir müssen die Menschen noch mal mitnehmen. Wir müssen sie überzeugen. Wir wollen alles dafür tun, dass jeder so schnell wie möglich ein Angebot hat, sich impfen zu lassen.

Ich danke an dieser Stelle auch allen, die in den Impfzentren und den Krankenhäusern mitwirken. Ich danke den Ärztinnen und Ärzten und allen, die sich auf diesen Weg machen. Es ist noch einmal ein Kraftakt notwendig, damit wir gut in den Herbst kommen. Das Impfen ist der Ausweg aus der Pandemie – und das bleibt es auch.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Es sind mehrere Zwischenbemerkungen angemeldet, zunächst eine des Abgeordneten Andreas Winhart. Ich habe dann weitere Meldungen des Fraktionsvorsitzenden Martin Hagen für die FDP und von Dominik Spitzer für die FDP. Es ist nur eine Wortmeldung zulässig. Die zeitlich vorangehende ist die von Herrn Fraktionsvorsitzenden Martin Hagen. Zunächst erteile ich aber dem Abgeordneten Andreas Winhart für die AfD-Fraktion das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Vielen Dank fürs Wort. – Sehr geehrter Herr Staatsminister! Sie haben vom Teil der Wahrheit gesprochen, den wir für uns in Anspruch nehmen. Wir nehmen für uns aber, wenn es um die Impfbereitschaft geht, noch einen anderen Teil der Wahrheit in Anspruch. Ich glaube, dass mittlerweile jeder mündige Bürger in diesem Land die Impfkampagne, die Möglichkeit, sich impfen zu lassen, mitbekommen

hat. Es gibt viele Impfzentren, die Medien haben berichtet. Wer das nicht mitbekommen hat, mit dem haben wir dann ein anderes Problem.

Jeder mündige Bürger weiß aber auch, warum er sich bis jetzt vielleicht nicht hat impfen lassen. Er hat sich Gedanken gemacht. Sprechen Sie diesen Leuten die Fähigkeit dazu ab? Denken Sie, dass jemand, der am Infostand in einem Supermarkt oder bei McDonald's, oder wo diese Impfparties jetzt stattfinden sollen, vorbeikommt, dann sagt: Jetzt habe ich es vier oder fünf Monate nicht Erwägung gezogen, jetzt mache ich es mal ganz spontan, weil ich gerade Zeit habe? Glauben Sie das wirklich? Glauben Sie nicht, dass so Sachen wie die mit dem Impfstoff von AstraZeneca eher Vertrauen verspielt haben? Erst war er für die Jungen da, dann für die Alten oder andersherum; man weiß es gar nicht mehr und weiß überhaupt nichts mehr. Hat es nicht Vertrauen verspielt, dass man irgendwelche Impfstoffe schnell, schnell, schnell auf den Markt gebracht hat?

Ich möchte Ihnen die gleiche Frage stellen, die der Herr Bausback mir gestellt hat: Mit welchen Grundrechtseinschränkungen haben denn die Ungeimpften weiter und langfristig zu rechnen?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Ich glaube, dass wir jetzt einfach niedrighschwellige Angebote machen und mit mobilen Teams rausgehen müssen. Die Spritze muss zu den Menschen kommen. Wir müssen die Gelegenheit schaffen, diese Impfung möglichst noch wahrzunehmen.

Ich höre, dass das draußen durchaus angenommen wird und durchaus erfolgreich ist. Die ärztliche Aufklärung und all die Dinge, die beim Impfen zu beachten sind, bleiben natürlich wichtig. Ich glaube aber, es ist eine gute Ergänzung zu dem, was die Ärzte in ihren Praxen leisten, dass wir noch mal Schub erzeugen und an ungewöhnlichen Orten zu ungewöhnlichen Zeiten einfach jedem noch einmal ein Angebot machen. Das wollen wir.

Ich bin dankbar, dass wir da wirklich gute Partner haben. Ich will noch einmal an den BLSV erinnern, der da mit dabei ist und seine Vereine anschiebt. Das Ehrenamt, das da gelebt wird, ist ganz toll. Ich erinnere auch an den Hotel- und Gaststättenverband, die Kirchen und viele andere, die sich einbringen, mit dabei sind und sich engagieren. Das nenne ich wirkliches gesellschaftliches Engagement. Es ist großartig, dass dort noch einmal alle an einem Strang ziehen. So müssen wir für das Thema Impfen werben und darauf aufmerksam machen.

In der Impfschutzverordnung sind ja Geimpfte, Getestete und Genesene gleichgestellt.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Insofern geht es letztlich darum, dass wir unser Gesundheitssystem schützen und diejenigen schützen, die noch nicht geimpft werden können. Es wird auch immer Menschen geben, die sich nicht impfen lassen können. Das muss man auch zur Kenntnis nehmen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, bitte kommen Sie zum Ende.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Wir brauchen jetzt einfach noch einmal alle im Boot.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Es liegt eine weitere Wortmeldung vor. Dazu erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der FDP, Herrn Martin Hagen, das Wort.

Martin Hagen (FDP): Vielen Dank. – Herr Gesundheitsminister, die STIKO war in ihrer Kommunikation, was die Kinder angeht, eigentlich sehr klar. Sie hat gesagt, dass sie zum jetzigen Zeitpunkt keine allgemeine Empfehlung, sondern eine Empfehlung lediglich bei einer besonderen Indikation aussprechen könne. Sie ist da auch in guter Ge-

sellschaft. Die britischen Kollegen vom Joint Committee on Vaccination and Immunisation kamen nämlich zu dem gleichen Schluss.

Der Ministerpräsident hat die STIKO nicht nur unter Druck gesetzt, ihre Empfehlung zu ändern, sondern er hat ihr auch noch abgesprochen, dass es sich bei der STIKO um Profis handele. Sollte die STIKO ihre Empfehlung zu einem künftigen Zeitpunkt auf Basis neuer Daten und Erkenntnisse ändern, dann werden Sie merken, welchen Bärendienst Ihr Ministerpräsident Ihnen da erwiesen hat. Denn dann wird es heißen: Aha, die STIKO hat sich dem politischen Druck gebeugt.

Dieses Gremium ist deswegen glaubwürdig, weil es unabhängig ist. Ein Anschlag auf dessen Unabhängigkeit ist auch ein Anschlag auf die Impfkampagne.

(Beifall bei der FDP)

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Kollege Hagen, ich sehe das diametral entgegengesetzt. Die Ständige Impfkommission ist ein hoch wissenschaftliches Gremium, das sich aus ehrenamtlichen Mitgliedern zusammensetzt, vor dem ich großen Respekt habe.

Wir müssen aber nach der Pandemie tatsächlich mal überlegen, ob die individuellen Einschätzungen der Ständigen Impfkommission und die Frage, welche Einschätzungen wir in der Pandemie insgesamt treffen müssen, kongruent sind und welche Lehren wir daraus ziehen. Ich halte das für wichtig. Ich halte auch die Diskussion, ob wir auf Bundesebene mal Institutionen neu formieren müssen, für wichtig. Ich denke an das RKI und das Paul-Ehrlich-Institut. Ich will das noch nicht entschieden haben. Ich glaube aber, eines dürfen wir nicht tun: nach der Pandemie wieder zur Tagesordnung überzugehen, ohne zu hinterfragen, wie Entscheidungsraster abgelaufen sind und wie wann was kommuniziert wurde. Um nichts anderes geht es.

Es hat ja keiner Druck ausgeübt. Andere Ministerpräsidenten haben genauso gesagt, sie wünschten sich von der Ständigen Impfkommission, dass die Kommunikation ein

Stück weit verbessert würde. – Prof. Mertens hat selber eingeräumt, dass es in diesen Umlaufbeschlüssen wahnsinnig schwierig sei, zu schauen, wie und wann welche Kommunikation stattfinden kann. Wir haben das ja auch bei AstraZeneca erlebt.

Wir müssen jetzt einfach schauen, dass wir die Daten möglichst schnell auswerten, die ja auch aus dem Ausland, aus Amerika und Israel, wo Kinder schon geimpft werden, schon da sind. Dann warten wir auf die Schlussfolgerungen, die uns die Ständige Impfkommission gibt.

Wissen Sie, es geht auch um Auffrischungsimpfungen. Es geht ja weiter. Zum Thema Auffrischungsimpfung haben wir bis heute keine Empfehlung der STIKO. Wir müssen die vulnerablen Gruppen schützen. Wir sind uns auch darin einig, dass wir uns möglichst schnell anschauen müssen, ob in Alten- und Pflegeheimen eine weitere Impfung notwendig ist. Wir müssen uns ja jetzt vorbereiten. Deswegen ist es natürlich gut, wenn wir da ein bisschen schneller und zielgerichteter werden.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/17275 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? – Dann ist dieser Antrag hiermit abgelehnt.